

BVN e.V.

Bürgervereinigung Nordend e.V.

1. Vorsitzender
Thomas Seiffert
Kontaktadresse:
Friedhelm Ardelt-Theeck
Rumpenheimer Str. 3
60388 Frankfurt/Main
Tel.: 06109 / 36751

Rechenschaftsbericht 2004

Auch im Jahr 2004 setzte sich die Bürgervereinigung Nordend e.V. (BVN) wie in all den Jahren zuvor für eine ökologische Verkehrspolitik mit ihrem Ziel ein, die Lebensqualität in Frankfurt am Main und besonders im Stadtteil Nordend zu erhalten bzw. zu verbessern. Deshalb widmete die BVN wieder besondere Aufmerksamkeit der Frankfurter Verkehrspolitik und dem geplanten Bau der Bundesfernautobahn A 66 Wiesbaden – Fulda quer durch Frankfurt. Um die Kräfte zu bündeln, legte die Bürgervereinigung Nordend e.V. auch in diesem Jahr wieder großen Wert auf die Zusammenarbeit mit anderen Bürgerinitiativen und Umweltverbänden wie im „Aktionsbündnis Unmenschliche Autobahn“ (AUA) oder am Runden Tisch „Verkehrspolitik im Frankfurter Osten“ (RTVifo). Die BVN übernahm dabei einen Großteil der dazu gehörenden organisatorischen Aufgaben wie das Erstellen von Informationsmaterialien, Kontaktpflege, Pressearbeit, Korrespondenz mit Parteien, Behörden etc. Dazu gehörte die Teilnahme an den regelmäßigen Sitzungen und Arbeitsgruppen wie auch die Durchführung gemeinsamer Aktionen und Veranstaltungen.

Folgende Ereignisse sind hervorzuheben:

Anfang des Jahres gelangte der neue noch in Arbeit befindliche Gesamtverkehrsplan für Frankfurt am Main in den Mittelpunkt der öffentlichen Diskussion. Dazu beteiligte sich die BVN an einer Arbeitsgruppe des Runden Tisches „Verkehrspolitik im Frankfurter Osten“ mit der Absicht einen alternativen Gesamtverkehrsplan zu erarbeiten, um der nach Einschätzung der Verbände und Bürgerinitiativen „straßenlastigen“ Planung einen ökologische Verkehrsplanung mit Chance auf Realisierung entgegenzusetzen. Dazu hatte der RTVifo unter Beteiligung der BVN u.a. die Verkehrspolitischen Sprecher von SPD und CDU Herrn Oesterling und Herrn Heuser zu zwei Diskussionsabenden eingeladen.

Mit einer Presserklärung reagierte die Bürgervereinigung Nordend e.V. auf die im März großen Wirbel verursachende Nachricht, dass im Zusammenhang mit den geltenden EU-Richtlinien zur Luftreinhaltung in Frankfurt mit der Einführung einer City-Maut zu rechnen sei. Die BVN betonte, dass sie dieser Lösung insbesondere im Hinblick auf den Einzelhandel und erhöhtem Verkehrsdruck am Rande dieser Maut-Zone eher skeptisch gegenüber stehe und allenfalls eine stadtweite bzw. Rhein-Main weite City-Maut in Frage käme. Gleichzeitig ließ die BVN, Mitinitiator der Aktion „Luftklage“ vor rund zehn Jahren, wissen, dass sie entschlossen sei erneut den Rechtsweg zu beschreiten, sollte die Stadt das Problem weiter „aussitzen“ wollen.

Im Juli nahm die BVN an einer Anhörung zu diesem Thema im Römer teil, bei welcher Experten sowie Verantwortliche der Stadt und des Landes Hessen geladen waren. Das Angebot, Maßnahmenvorschläge zu machen, nahm die BVN wahr und reichte dem

zuständigen Hessischen Umweltministerium eine Stellungnahme zum vorgelegten Entwurf eines Aktionsplans ein. Im Dezember legte die BVN im Rahmen der erfolgten Offenlegung offiziell Einwendung gegen den veröffentlichten Entwurf ein. Darin kritisiert die BVN die praktisch unverbindliche Auflistung von Maßnahmen und das Fehlen einer Bewertung ihrer Wirkungsweise. Als völlig absurd bewertete es die BVN, dass der Bau der Bundesfernautobahn A 66 quer durch Frankfurt samt dem neuen Autobahnkreuz Frankfurt Ost mitten im Wohngebiet Teil des Maßnahmenpakts sein soll. Die BVN wies darauf hin, dass allein 70% der Hintergrundsbelastung durch das Autobahnnetz um Frankfurt erzeugt werden und warnte davor, dass dessen Realisierung alle Bemühungen, die EU-Richtlinien einzuhalten, torpedieren würde. Statt dessen müsse es endlich zu einer ökologischen Wende in der Verkehrspolitik kommen. Gleichzeitig plädierte die BVN dafür, sinnvoller Weise gleichzeitig auch die Lärminderungsplanung im Maßnahmenprogramm mit zu berücksichtigen. In diesem Sinne wendete sich die BVN mit einem Schreiben auch an die Stadt Frankfurt und die Stadtverordnetenfraktionen, mit der Forderung, dem neuen Gesamtverkehrsplan die Anforderungen einer wirkungsvollen Luftreinhalte- und Lärminderungsplanung - entsprechend den geltenden EU-Richtlinien - zugrunde zu legen. Im Zusammenhang mit der laufenden Diskussion um die Luftreinhalteplanung und Radverkehrsförderung wandte sich die BVN im Herbst in Briefen und einer begleitenden Presseerklärung an den für das Nordend zuständigen Ortsbeirat 3, die Fraktionen im Stadtparlament und an die Öffentlichkeit mit der Forderung Tempo 30 allgemein auch auf Grundnetz- und Hauptverkehrsstraßen anzuordnen. Als Reaktion dazu wurde ein Vertreter der BVN von der Frankfurter Neuen Presse zu einem Presseinterview gebeten, dessen Inhalt wenig später im Lokalteil dieser Zeitung veröffentlicht wurde. Die Grünen im Nordend luden die BVN zu einer Diskussion mit der verkehrspolitischen Sprecherin der Grünen Hanisch über den Entwurf des Gesamtverkehrsplans ein. Die BVN entwarf speziell dafür Arbeitspapier, auf welchem die Vorteile von Tempo 30 aufgelistet werden und stellte es dort zur Diskussion.

In Vertretung des Aktionsbündnis Unmenschliche Autobahn nahm die BVN in den Monaten Juni und Juli an zwei Workshops des Umweltamtes der Stadt Frankfurt zur Lärminderungsplanung für die Stadtteile Fechenheim und Riederwald teil. Dabei konnte die BVN in einem eigenen Beitrag deutlich machen, dass der Bau des Riederwaldtunnels - entgegen der Darstellung in dem Informationsfaltblatt - keinesfalls eine Lärminderungsmaßnahme darstelle, sondern vielmehr selbst die Lärmproblematik massiv verschärfen und den gesamten Frankfurter Osten mit einem gigantischen Lärmteppich überziehen würde. Begleitend gab die BVN eine schriftliche Stellungnahme zu dem vorgelegten Entwurf der Lärminderungsplanung für die genannten Stadtteile ab, die in einer folgenden Parlamentsvorlage Berücksichtigung finden soll.

Ebenfalls noch im Juli wurde ein BVN-Experte vom Kleingärtnerverein Bornheimer Hang eingeladen, die Mitglieder in einem Vortrag über den geplanten Autobahnbau aufzuklären.

Wie jedes Jahr beteiligte sich die BVN wieder an mehreren Informationsständen des Aktionsbündnis Unmenschliche Autobahn auf den traditionellen Straßen- und Kinderfesten im Frankfurter Osten; Beim Kinderkulturfestival am Wäldchestag im Riederwald, im Juli und September auf den Straßenfesten Schäfflestraße im Riederwald und Rotlintstraße im Nordend sowie beim Kinderfest „Tag des Kindes“ im Ostpark wurden die Gelegenheiten genutzt die Bevölkerung über die drohenden Folgen der Autobahnprojekte aufzuklären. Gleichzeitig wurden Einwendungen gegen die vorliegende Planung und Unterschriften für die Durchführung von Bürgeranhörungen in den betroffenen Stadtteilen und gesammelt.

Um diesem Anliegen Nachdruck zu verleihen, überreichte das Aktionsbündnis im Oktober unter Beteiligung der BVN dem Ortsbeirat 11 mehrere hundert unter dem Motto „für Bürgeranhörungen zum Autobahntunnel A 66 Riederwald und für optimalen Schutz vor Autobahnlärm- und Schadstoffen“ gesammelte Unterschriften. Es ist dem Druck der Bürgerinitiativen und nicht zuletzt dem unermüdlichen Engagement der BVN zu verdanken, dass sich der Ortsbeirat 11 im Oktober und November nicht nur - wie schon zuvor die anderen östlichen Ortsbeiräte 3, 4 und 16 - ebenfalls für die Durchführung von

Bürgeranhörungen aussprach, sondern erstmals mehrheitlich gegen die Planung des Riederwaldtunnels stimmte.

Als Reaktion auf diese Entscheidung veröffentlichte die BVN eine im Namen des Aktionsbündnisses verfasste Presseerklärung unter dem Motto „Frankfurter Osten macht mobil gegen Riederwaldtunnel“, welche große Resonanz in der Presse fand.

Mit einem als Gegendarstellung veröffentlichten Leserbriefs reagierte die BVN auf die in Form eines Leserbriefes in mehreren Zeitungen verbreitete Verunglimpfung seitens eines Frankfurter Bürgers, der Bürgerinitiativen als Stimmungsmacher und der Verbreitung falscher Behauptungen bezichtigte.

Unter Beteiligung der BVN überreichte das Aktionsbündnis Unmenschliche Autobahn dem Verkehrsausschuss des Stadtparlaments Kopien der gesammelten Unterschriften mit der Forderung an die zuständigen Dezernenten und die Fraktionen, endlich für die Durchführung der von Bevölkerung und Ortsbeiräten gewünschten Bürgeranhörungen zu sorgen.

Auf Anregung der BVN lud das Aktionsbündnis Unmenschlich Autobahn schließlich im Dezember zu einem „Nikolaus-Umtrunk“ ein. Eingeladen waren neben „alten Veteranen“ auch Mitglieder der Ortsbeiräte und Vertreter der Parteien. Es galt einerseits den Erfolg des jahrelangen unermüdlichen Engagements der Bürgerinitiativen zu feiern, der sich zuletzt speziell in den Beschlüssen des Ortsbeirats 11 manifestierte, andererseits die weiteren Perspektiven gemeinsam zu erörtern.

Frankfurt am Main, 15. Juni 2005

Thomas Seiffert
(1. Vorsitzender)